



## DER UMGEKEHRTE KOLONIALISMUS

# Mit noch mehr „Grün“ wird es langsam sehr ernst im Lande

Von CANTALLOOP | In der unkontrollierten Einwanderung großer Kohorten arabischer und afrikanischer „Flüchtlinge“ sehen viele Menschen, die hierzulande unter dem roten und grünen Banner vereinigt sind, eine „gerechte“ Bestrafung Deutschlands für all die begangenen Untaten der letzten 150 Jahre. „Gerade wir als Deutsche“ haben es dieser Logik folgend widerspruchslos hinzunehmen, dass unsere Heimat langsam aber sicher „ein anderes Gesicht“ bekommt. So lautet der fast einhellige Tenor des linken Establishments.

Die Dynamik der Veränderung, laut Nietzsche die „Energetik des Zerfallsprozesses“ ist nun flächendeckend spürbar geworden. Einhergehend mit dem Niedergang der Republik in vielen Bereichen unter der Ägide Merkel, ist ein maßgebliches Erstarken der Partei „die Grünen“ signifikant, obgleich der gesunde Menschenverstand eigentlich in die andere Richtung tendieren sollte. Knapp nach der Bayern- und unmittelbar vor der Hessen-Landtagswahl strotzen die überaus selbstgefälligen Sonnenblumen-Anbeter nur so vor Kraft und [Sendungsbewusstsein](#).

**Grün stark wie noch nie**

In manchen Kreisen ist sogar schon von einem weiteren grünen Ministerpräsidenten auf Länderebene die Rede, nämlich vom derzeit überall hochgelobten hessischen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, der, wie es sein Name schon vermuten lässt, natürlich muslimischer Provenienz entstammt, aber selbstredend als „Deutscher“ anzusehen sei. Und der Stalin-affine [Grünen-Chef Habeck](#) soll internen Informationen zufolge in seiner grenzenlosen Hybris bereits ernsthafte Kanzler-Ambitionen hegen. [Alles scheint derzeit möglich](#) zu sein – wenn es nur dem Land und seiner angestammten Bevölkerung so viel Schaden zufügt, wie irgend möglich.

### **Der Kampf gegen die grüne Allmacht muss nun beginnen!**

Fast ohnmächtig muss der konservativ-liberale Bürger zusehen, wie in seinen allabendlichen Talkshows ein deutliches Ungleichgewicht zu Gunsten von grünen und linken Politikern entstanden ist. Vorne, hinten, oben, unten – alles scheint nur noch grün zu sein. Und der zwischenzeitlich salonfähig gewordene Deutschlandhass steigt analog dazu ins Unermessliche.

Vom einstigen bürgerlichen Geist ist nur noch wenig zu spüren. Ja, diese autokratische und nach Sozialisten-Muff riechende Politik wird uns nun sogar als „sanfter ökologischer Konservatismus“ angepriesen. Mitnichten! Hier ist tatsächlich vor unser aller Augen ein gesinnungsterroristisches Irrenhaus entstanden, das selbst in [Kindertagesstätten](#) schon präsent ist.

### **Grünsein – oder Barbarei**

Man kann es drehen und wenden, wie man will – an den Grünen führt derzeit kein Weg mehr vorbei. Sie schützen kriminelle Einwanderer, bekämpfen ihre eigenen Landsleute, schädigen die Industrie, vernichten Volksvermögen und holzen den Wald für störungsanfällige Windräder ab. Sie forcieren die Bspitzelung Unliebsamer und sensibilisieren gleichsam den

Denunziationsgeist der Bürger. Sie sehen in allen politisch Andersdenkenden Verbrecher und freuen sich, wenn sie diesen Leid zufügen können. Die „linksliberale“ [Tageszeitung](#) mit dem Pfotenabdruck aus Berlin erkennt demzufolge nur noch eine einzige mögliche Dialektik; „Grünsein – oder Rückfall in die Barbarei“. Dies ist auch die hochtrabende Schlagzeile eines aktuellen Artikels.

Diese tiefgreifende Erkenntnis sollten die taz-Redakteure vielleicht auch den jungen Männern auf dem oberen Bild mitteilen, die gerade im Begriff sind, Deutschland „einzunehmen“ – und sich keinen Deut um gesellschaftliche Konventionen, Anstand oder politische Korrektheit scheren. Mit ihnen kommt die angesprochene Barbarei garantiert – und zudem direkt vor unsere Haustüre. Und auch die versammelte linksgrüne Bourgeoisie inklusive der Kanzlerin hat ihnen außer hilfloser Unterwerfung, Übernahme aller Kosten und sonstiger Liebdienerei wenig entgegenzusetzen. Die Bevölkerung, insbesondere der weibliche Teil davon, wird diesen ehemaligen Dschungel-Bewohnern sinnbildlich „zum Fraß vorgeworfen“.

### **Schlimmer geht immer**

Gar „die Hälfte aller Deutschen könnten Grünen-Wähler werden“, titelt brandaktuell die „[Welt-online](#)“, ebenfalls nicht ganz grundlos.

Sollte dem wirklich so sein, dann kann uns tatsächlich niemand mehr helfen. Die übrige Welt lacht sich bereits schlapp über die grüngewordenen Lemmings-Deutschen, die fortan alles bezahlen sollen, aber im Umkehrschluss von keinem mehr ernst genommen werden.

Und wem das alles doch zu defätistisch vorkommt, der denke zum humoristischen Ausgleich einfach an die von Thomas Mann erschaffene Romanfigur Bendix „Grünlich“ aus dem Buddenbrooks, dessen überhebliches und impertinentes Gebaren nach kurzem Höhenflug doch ganz jämmerlich endete. Diese literarische

Finesse könnte auch auch eine wirkungsvolle Metapher für Hofreiter, Habeck und Konsorten sein. Wer hoch steigt, kann tief fallen.

---



## Täglich 460 Erstanträge auf Asyl in Deutschland

Von EUGEN PRINZ | Die Regierungspolitiker und deren willige Helfer bei den Medien werden nicht müde zu betonen, dass die Flüchtlingskrise vorbei sei und man die Situation jetzt im Griff habe. „Es kommen ja kaum noch welche“, ist der Standardsatz.

Als Grundlage dieser Aussage dienen die Zustände von 2015 mit einer knappen Million unter chaotischen Verhältnissen ins Land geströmten kulturfremden Menschen.

Dass angesichts der Folgen des Zustroms von 2015 und 2016 jeder weitere Flüchtling eine zusätzliche Belastung der Stabilität unseres Landes darstellt, wird ausgeblendet.

**Ausmaß der illegalen Migration nach Deutschland wird unterschätzt**

Wie die WELT berichtet, geht aus einem [aktuellen internen Bericht der EU-Kommission](#) hervor, dass das Ausmaß der illegalen Migration in die Bundesrepublik unterschätzt wird.

*„Deutschland erfährt kontinuierlich einen hohen Zugang von*

*irregulären Migranten, wobei täglich 460 Personen erstmalig einen Asylantrag stellen*“, heißt es in dem Bericht. Ein großes Problem sei das Ausmaß der Wanderungen innerhalb der Europäischen Union. Bei einem Datenabgleich wurden innerhalb einer Woche in Deutschland 1098 Fälle von Asylsuchenden festgestellt, die bereits in einem anderen Mitgliedsland einen Asylantrag gestellt hatten. Zudem wurden in Frankreich und Deutschland zahlreiche Asylbewerber identifiziert, die sich nach dem Passieren der Außengrenze in ihr „Wunschland“ durchgeschlagen hatten, um erst dort einen Asylantrag zu stellen.

Halten wir also fest: Die einen schlagen sich gleich nach Deutschland durch, die anderen stellen zunächst im EU-Erstaufnahmeland einen Asylantrag, seilen sich anschließend dort ab und lassen sich in Deutschland dann erneut, oft unter einer anderen Identität, als Asylbewerber registrieren, weil hier die Sozialleistungen am höchsten sind. Auf diese Weise nimmt Deutschland jedes Jahr kulturfremde und oft bildungsferne Fremde auf, deren Anzahl der Dimension einer Großstadt entspricht. Einer Großstadt, die nicht gebaut wird, weshalb sich die Lage am Wohnungsmarkt noch weiter verschlechtert.

Und was unternimmt die Bundesregierung dagegen? Sie schließt mit den Ersteinreisestaaten Rückführungsabkommen ab, die uns für jeden Zurückgewiesenen auch noch die zig-fache Anzahl [anderer Flüchtlinge einbringen](#).

### **Mathematisches Modell sagt Katastrophe für Deutschland voraus**

Aus dem chaotischen Flüchtlings-Tsunami von 2015 ist nun also ein Förderband geworden, das ähnlich der Golfstrom-Pumpe einen stetigen und gleichmäßigen Zustrom garantiert. Diesen Zustand verstehen unsere Politiker als „geordnete Verhältnisse“. Dass diese Verhältnisse Europa das Genick brechen werden, wurde inzwischen anhand mehrerer mathematischer Modelle an Universitäten in diversen europäischen Staaten schlüssig

dargestellt. Fast alle dieser Modelle verschwanden aus politischen Gründen in der Schublade. Eines ist jedoch verfügbar. Über die schockierenden Ergebnisse der Berechnung wird PI News in Kürze berichten. Wir werden das Modell auch verlinken, so dass jeder, der über die entsprechenden Kenntnisse verfügt, versuchen kann, es zu widerlegen.

---



## **Hessen stimmen auch über Artikel zur Todesstrafe ab**

Hessen ist das einzige Bundesland, in dem die Todesstrafe noch in der Verfassung steht, [schreibt der Spiegel](#). Das solle sich nun ändern, man will die Todesstrafe abschaffen. Bei der Landtagswahl am 28. Oktober seien 4,4 Millionen Wahlberechtigten auch dazu aufgerufen, über eine Reform der Landesverfassung abzustimmen. Eine von 15 Änderungen betrifft die Artikel zur Todesstrafe.

Seit Inkrafttreten des Grundgesetzes im Mai 1949 ist die Todesstrafe in der Bundesrepublik allerdings nicht mehr möglich. „Bundesrecht bricht Landesrecht“. Allerdings gab es vor Inkrafttreten des Grundgesetzes mindestens zwei Fälle in Hessen, in denen auf der Grundlage der hessischen Landesverfassung von Ende 1946 die Todesstrafe verhängt wurde.

In einem Fall hatte ein Mann seine Frau noch in der Nazizeit

ermordet und im zweiten Fall ging es um Hans-Bodo Gorgaß. Der ehemalige Arzt des Euthanasieprogramms wurde wegen Mordes in wenigstens 1000 Fällen 1947 zum Tode verurteilt. Vollstreckt wurden die Urteile nie, sondern nach Inkrafttreten des Grundgesetzes in lebenslange Zuchthausstrafen umgewandelt.

Warum dauerte es 70 Jahre, um die hessische Verfassung anzupassen? Laut Spiegel spielte die Sorge mit, dass ein Teil der Bevölkerung gegen die Streichung der entsprechenden Artikel stimmt.

Vielleicht werde deshalb in Hessen nun gleich über mehrere Punkte abgestimmt, schreibt Spiegel Online. Darunter über die Gleichberechtigung aller Geschlechter und die Frage, ob Kinderrechte Einzug in die Verfassung halten sollen.

Zuletzt war 2005 ein Reformversuch gescheitert, weil sich die Parteien nicht auf einen Entwurf einigen konnten. Eine Enquetekommission hat jetzt Reformvorschläge ausgearbeitet, die bereits vom Parlament angenommen wurden. (RB)



## Heckler & Koch trifft schon, nur die Polizei nicht

Von KEWIL | Gestern erschien [bei PI hier ein Artikel](#), der die Meldungen unserer gleichgeschalteten Leitpresse aufgriff, neue Dienstpistolen der Polizei von Heckler & Koch würden nicht

treffen. Dem soll hier widersprochen werden. Dies hat nämlich auch schon Verteidigungsministerin von der Leyen vom Gewehr G36 behauptet, das von derselben Firma hergestellt wird. Kampferprobte Soldaten waren anderer Meinung, und sie wurde gerichtlich zurück gepfiffen.

Problem Nummer 1 ist die hervorragende Waffenschmiede Heckler & Koch aus Oberndorf am Neckar mit ca. 900 Beschäftigten. Es vergeht fast keine Woche, ohne dass diese Firma von linker Politik, Justiz und vor allem Presse in die Schlagzeilen gezerrt wird. Die Herstellung von Waffen durch einen deutschen Betrieb soll möglichst endgültig verhindert werden. Die hinterhältigen Linken möchten den Waffenhersteller in den Konkurs treiben.

Von der SPD über örtliche Pfarrer, Filmemacher beim WDR und selbsternannte „Friedensaktivisten“ bis zu tiefroten, gewalttätigen Antifanten und aufständischen Rebellen in Mexiko – jeder will über H&K Lügen verbreiten und farbige Aktionen starten.

Eine Aufzählung der Fälle, die oft auch bei Staatsanwälten und vor Gericht landen, würde hier den Rahmen sprengen. Zum Stand der aktuellen Verblödung nur ein Beispiel: erst vor kurzem forderten Friedensapostel bei der Hauptversammlung, Heckler & Koch solle einen Fonds auflegen, aus dem jedes Opfer einer HK-Waffe oder deren Angehörige eine finanzielle Entschädigung kriegt.

Flintenuschi von der Leyen unterlag übrigens mit ihrer damaligen lesbischen Staatssekretärin vor Gericht, weil H&K beweisen konnte, dass das Schnellfeuergewehr G36 eindeutig die Kriterien erfüllte, die das Verteidigungsministerium bei Einführung Jahre zuvor an die Waffe gestellt hatte.

Was nun diverse Bundesländer und die mangelnde Treffsicherheit der neuen Dienstpistolen bei der Polizei angeht, reibt man sich auch verwundert die Augen. Mit 60 Patronen soll die Waffe



eingeschossen werden, dazu schickt die Berliner Polizei sie zurück in die Fabrik. Wie doof sind die eigentlich? Wäre das nicht eine einmalige Gelegenheit, dass jeder Polizist mal wenigstens 60 Schuss abfeuern und sich mit seiner Waffe vertraut machen kann. So könnte er auch den Knopf für das Auswerfen des Magazins finden und bräuchte sich nicht wundern, wenn es unabsichtlich herausfällt.

Noch einmal: Natürlich können auch bei der schwäbischen Waffenfirma Fehler passieren und finanzielle Probleme haben sie notgedrungen durch viele politische Genehmigungsverfahren und Hürden auch, aber bitte höchste Vorsicht, wenn in der linken Gleichstrompresse die Qualität der Waffen bei [Heckler & Koch](#) kritisiert wird. Es sind fast immer unhaltbare Vorwürfe. Eben hat die Firma einen Auftrag über 13 Millionen Euro aus Litauen für das von Uschi kritisierte Gewehr erhalten.



## **Video: Vier Jahre PEGIDA!**

[Vier Jahre PEGIDA](#), vier Jahre Widerstand. Bei Wind und Wetter, Regen, Schnee oder Sommerhitze. PEGIDA hat nie nachgelassen und das soll heute gefeiert werden. PEGIDA hat viele Schlafschafe aufgeweckt und noch mehr Menschen ermutigt ihren Unmut über die Merkelsche Willkürherrschaft, über steigende Kriminalität, unkontrollierte Einwanderung, islamische Landnahme usw. vom Stammtisch auf die Straße zu tragen.

PEGIDA wurde zwangsläufig, den Umständen entsprechend, mit der Zeit immer themenbreiter und ist heute nach vier Jahren eine politische Bewegung, an der die sogenannte Polit-Elite nicht mehr vorbeikommt und sich die Linksmedien einen Wolf schreiben und senden, beim Versuch PEGIDA und die Organisatoren zu diskreditieren.

Auch heute wird wieder alles aufgeboten werden, was sich an linken Deutschlandhassern bereit ist in Bewegung zu setzen. Ein sogenanntes „breites Bündnis“ aller linken Dresdner Organisationen will gegen PEGIDA antreten. Mit von der Partie soll auch der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sein. Er will sich den Demonstrationen anschließen und eine entsprechende Rede halten. Die Diakonie Sachsen unterstützt selbstverständlich auch nicht jene, die die hier (noch) lebenden Christen vor dem Islam geschützt sehen wollen, sondern schließt sich den Buntfanatikern an, denen Deutschland am Allerwertesten vorbei geht und vom Islam verfolgte Christen erst recht.

Für PEGIDA kann die gebündelte Dummheit der anderen Seite aber nur ein Ansporn für die kommenden vier Jahre sein.

Jeder, der es irgendwie schafft, sollte heute in Dresden dabei sein und die standhaften Patrioten vor Ort unterstützen. Es werden viele bekannte und auch internationale Redner erwartet – darunter Tommy Robinson, Philip Dewinter vom belgischen Vlaams Belang, auch aus Tschechien und Ungarn finden sich wieder namhafte Redner ein. Und natürlich werden Lutz Bachmann, Sigfried Daebritz und auch Michael Stürzenberger dabei sein. Hier bei PI-NEWS gibt es wie immer den [Livestream](#).

[Hier](#) ein erstes Video-Statement von Lutz Bachmann.

---



## Seehofer zu Messerattacken: „Davon bricht nicht die Gesellschaft zusammen!“

Von L.S.GABRIEL | Kurz nach der Bayernwahl verschwindet Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) wieder vollständig unterm Rock- bzw. Hosenzipfel seiner Herrin und relativiert die alltäglichen Messerattacken und Gewaltangriffe ihrer VIP-Gäste. Offenbar will er dem watschelnden Zerstörer im Hosenanzug wieder ganz nah sein, wenn er im Zusammenhang erklärt: „Wegen einer Straftat bricht nicht die Gesellschaft zusammen.“

Die „[Neue Osnabrücker Zeitung](#)“ hat nachgefragt, ob angesichts der vermehrten Messerattacken und Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte der Verlust grundlegender Werte und eine kulturelle Implosion bevorstünden.

„Das sind doch pauschale Weltuntergangsszenarien. [...] Deutschland war, ist und bleibt eines der sichersten Länder der Welt“, fabuliert er. Es gelte zu verhindern, dass die Menschen das Vertrauen in Politik und deren Kraft verlören, wenn der Staat es nicht schaffe, die Einhaltung von Regeln und Gesetzen sicherzustellen, so Seehofer. Also der Dumm-Michel soll gefälligst auch mit einem Messer im Bauch an die Macht dieses Versagerstaates glauben. Davon künftig gewalttätige Angriffe der importierten Verbrecher mit aller Macht zu verhindern, indem man die, die schon hier sind wieder

rausschmeißt und keine neuen mehr rein lässt, hat er nichts gesagt.

Polizei und Justiz müssten aber mit modernster Technik ausgestattet werden, so der Minister. Nach den jüngsten Missgriffen beim Waffenkauf ([PI-NEWS berichtete](#)) für die Polizei klingt das geradezu verlogen. Aber für ihn besteht das Problem mit den ausländischen Gewalttätern offenbar sowieso hauptsächlich auf bürokratischer Ebene:

„Wenn ich höre, dass zwischen Polizei und Justiz quer durch die Republik Aktenbündel verschoben werden müssen, dann erinnert das eher an die Kommunikation mit Briefftauben. Ich denke, das sollten wir ändern“, so Seehofer.

Ändern sollten wir vor allem, dass Rosstäuscher und Bürgerfeinde in Regierungspositionen sitzen und uns dann auch noch mit derartigem Affront begegnen.

Was Seehofer betrifft, sind wir da vielleicht schon bald einen Schritt weiter. Gegenüber dem Bayerischen Fernsehen ließ er [Rücktrittsgedanken](#) anklingen: „Noch mal mache ich einen Watschnbaum nicht. Man kann mich kritisieren, aber das zu reduzieren auf den Horst Seehofer, und der ist für alles verantwortlich, das werde ich persönlich nicht mitmachen. Eher stelle ich mein Amt als Parteivorsitzender zur Verfügung – ich glaube, klarer kann man sich nicht ausdrücken.“

Ja möge er bitte gehen, soll aber nicht vergessen seine Leinenführerin mitzunehmen.

---



# Roman Reusch fordert Strukturänderungen im Justizgebaren

AfD-MdB Roman Reusch kennt sich als ehemals leitender Berliner Oberstaatsanwalt aus mit Recht und Gesetz und vor allem aber auch mit den zähen, oft unnötig langen Abläufen und vielfach unbefriedigenden Ergebnissen unserer Gerichtsbarkeit. Er weiß, wo der Sand im Getriebe der Justizmühlen steckt zwischen dem meist die Opfer aufgerieben werden. Reusch möchte endlich durch echte Strukturänderungen den Verfahrensstau auflösen, Abläufe sinnvoll verkürzen und er verweist darauf, dass sich seit „Kaisers Zeiten“ gerade in den letzten Jahren so einiges geändert habe, auf das man endlich entsprechend reagieren müsse.

Reusch:

*„Wir haben den Straßenraub, der eine wahre Pest geworden ist. Wir haben Messerattacken, die dramatisch zugenommen haben, in einem früher nie gekannten Umfang. Es ist den Geschädigten nicht vermittelbar, wenn der Täter, der vielleicht sogar noch auf frischer Tat erwischt worden ist, nach Feststellung seiner Personalien wieder laufen gelassen werden muss, weil kein Haftgrund besteht. Deswegen brauchen wir einen Haftgrund für solche Fälle; denn Messerstecher und Straßenräuber gehören in den Knast. Wir schreiben die entsprechenden Delikte in § 112 Absatz 3 StPO, und schon ist die Kugel*

rund“.

Immer wieder kämen brandgefährliche Täter frei, weil die Justiz es nicht geschafft habe oder einfach weil Fehler gemacht wurden. Das sei künftigen Opfern gegenüber unverantwortlich.

Sobald Wiederholungsgefahr im Sinne von § 112a Absatz 1 StPO bestünde, dürfe es keine Freilassung geben, so Reusch.

Auch den Umgang mit straffällig gewordenen Ausländern möchte der Jurist anders gestalten. Wie man derzeit verfährt sieht Reusch nicht ein:

*„Hier ergeht ein Strafurteil. Wenn es rechtskräftig geworden ist, wird es der Ausländerbehörde geschickt. Diese leitet das ganze Verwaltungsverfahren ein. Irgendwann haben wir nach Jahren, wenn wir den Verwaltungsrechtsweg hinter uns gebracht haben, einen bestandskräftigen Ausweisungstitel. So weit, so schön, das könnte man abkürzen, indem man dem Strafrichter bereits die Ausweisung verhängen lässt.*

*Es wundert sich niemand, wenn der Strafrichter die Fahrerlaubnis oder die Gewerbeerlaubnis kassiert. Da liegt es doch im System, dass auch die Aufenthaltserlaubnis kassiert werden kann.“*

Da Reusch immer mit gesundem Menschenverstand und vor allem mit Blick auf die „schon länger hier Lebenden“ agiert, eilt ihm bei den geistigen Bewohnern von „Hell- und Buntdeutschland“ der Ruf als Justiz-Hardliner voraus. Damit kann der erfahrene Jurist aber wohl ganz gut leben. Auch ist er es schon von Berufs wegen gewohnt, sich und seine Standpunkte zu verteidigen, sie wenn möglich durchzusetzen – da kann der Gegner (wie auch bei seiner Rede hier im Bundestag) pöbeln so viel er will.



## LEGO in der Zeitgeist-Falle

Von JIM KNOPFLOCH | Weihnachten 2018 im kunterbunten Deutschland. Der Vater ist mit einem Poesiealbum beschenkt worden. Es ist in rosafarbenen Plüsch geschlagen und mit einem Einhorn versehen. An der Seite prangt ein kleines goldenes Schloss, schließlich sollen seine zarten Gedanken sein Geheimnis bleiben. Die Mutter hat einen neuen Fußball, eine Autopolitur und einen Akkuschauber bekommen, der fehlte ihr noch in ihrem Heimwerker-Hobbykeller. Die 14-jährige Tochter wurde mit einem roten Feuerwehrauto und einem Taschenmesser beschenkt und es gab noch etwas für ihre Carrera-Bahn. Und der 16-jährige Sohn hat das Barbie Dream House, eine Perlenkette und einen Pferde-Roman bekommen. Er kann sein Glück kaum fassen!

Jeder klar denkende Mensch kann sich ausmalen, dass der Haussegel in der beschriebenen Familie am Heiligen Abend mächtig schief hängen würde. Das Szenario ist grotesk. Nicht so aber offenbar für die Gender-Verfechter und vermeintlichen Sexismus-Bekämpfer der Gegenwart. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man die wüsten Proteste hinsichtlich der jüngsten LEGO-Werbekampagne für einen Modell-Baukran verfolgt. Was war geschehen? Spielzeughersteller LEGO hat unter der Produktlinie LEGO Technic [ein neues Spielzeug](#) auf den Markt gebracht und sich angemaßt, dieses mit Anzeigenmotiven zu bewerben, die nicht geschlechtsneutral, sondern gezielt Männer ansprechen sollten. Immerhin ist dieser Spielzeug-Baukran einen Meter

hoch, 66 cm lang, 26 cm breit.

Gearbeitet wurde mit Sprüchen wie: „4057 Teile. Das nennen wir gut bestückt.“ oder „So kompliziert wie eine Frau. Aber mit Bedienungsanleitung“. Durch die sozialen Medien ging eine Kritik, als wäre die mangelnde Geschlechtsneutralität in der Werbung eines der größten Probleme, die dieses Land derzeit hätte. Zudem echauffierte man sich, dass das Produkt auf dem Karton mit dem Hinweis „For Men“ gekennzeichnet und somit – so die Interpretation – für Frauen wohl nicht tauglich sei. Wenn man hinsichtlich zunehmender echter Gefahren in seiner freien Lebensführung eingeschränkt wird, dies aber aufgrund von Indoktrination und Political Correctness nicht aussprechen kann oder will, bleibt eben viel Zeit und Fantasie, den Frust zu kompensieren und auf Dritte zu projizieren.

LEGO steht [nicht zum ersten Mal im Fokus der Sittenwächter](#). Neben einem Star Wars-Baukasten, der angeblich Orientalen verunglimpfe, wurde und wird auch die vorwiegend an Mädchen gerichtete Produktlinie LEGO Friends [immer wieder kritisiert](#). Das hier zum Ausdruck gebrachte Rollenverständnis sei unterschwellig rassistisch und sexistisch, die Frauenfigur zu schlank und die Farbenwelt zu sehr in Rosa, Lila und in Pastelltönen gehalten. LEGO Friends ist die erfolgreichste Produktlinie des Unternehmens und sorgte in der Vergangenheit für Rekordergebnisse. Der Produkteinführung waren jahrelange intensive Marktforschungen vorausgegangen.

Wenn es sich bei Geschlechtern nur um gesellschaftliche Konstrukte handelt, dann können Jungen und Mädchen, Männer und Frauen natürlich auch keine unterschiedlichen Bedürfnisse haben. Eine große Gender-Lobby macht nichts anderes, als mit Argusaugen zu beobachten, ob neue Produkte und Werbeauftritte gegen das Gesetz der Geschlechtsneutralität verstoßen. Die Industrie verdiene grandios an „der Angst vor neuen Geschlechterrollen“ und sie würde diese Ängste daher sogar schüren. Unter dem Hashtag [#pinkstinks](#) kritisiert man rosafarbene Schulranzen für Mädchen und Superhelden-Duschgels



für Jungs, dünne Barbie-Puppen, die Tierliebe von Prinzessin Lillifee und Beautysalon- und Shoppingspiele für Mädchen. Vielmehr fordert man „Matsch, Technik und räumliches Denken für Mädchen, die laut und wild sein wollen und rosa Ponys für Jungen, die kuscheln und sich kümmern wollen“. Als LEGO in gefühlt vorausweisendem Gehorsam einige weibliche Figuren in vorwiegend von Männern dominierten Berufen auf den Markt brachte (Forscherinnen und NASA-Pionierinnen), wurde dies von der Gender-Szene frenetisch gefeiert. Doch da es ja mittlerweile nicht mehr nur Mann und Frau gibt, sondern 60 Geschlechter, gilt es noch einiges an Figurvarianten einzufordern!

Der Markt wird seit jeher von Angebot und Nachfrage bestimmt. Ein vollkommen aus den Fugen geratener Zeitgeist kommt nun als neue Einflusskomponente dazu und will verbieten, Käufer zu identifizieren und so anzusprechen, wie man es für effektiv hält. Eine Minderheit bornierter Jakobiner „springt wie die Hunde an die Kette“ und will diktieren, welche Produkte wie produziert und in welcher Tonalität beworben werden dürfen. Man kann sich vorstellen, wie Werbung nach den Regeln dieser Lobby aussehen würde: farblos, trist, verkrampt und stets hysterisch darauf bedacht, bloß niemanden „zu diskriminieren“. Wenn ein Unternehmen weiß, dass sein Produkt vorwiegend von Männern gekauft wird, dann wäre eine konträre oder geschlechtsneutrale Ansprache – nur um nicht in den Verdacht des Sexismus zu geraten – vollkommen absurd und existenzbedrohend. Die Arbeit von Marktforschungsinstituten und Werbestrategen wäre zudem komplett obsolet.

Wie reagierte nun LEGO auf die Kritik an der Werbekampagne für den Baukran und die entsprechende Kartongestaltung? Fatal. Der Spielzeughersteller knickte ein, stoppte die Anzeigenkampagne und entschuldigte sich. Die Internetseite [men.lego.com](http://men.lego.com) ist derzeit offline. Political Correctness muss man sich leisten können.



# Nicolaus Fest: Anschlag auf Deutschland – die europäische Einlagensicherung

Jede Woche ein neuer Wahnwitz aus der EU, jede Woche ein neuer Anschlag auf die Souveränität Deutschlands – und auf das Vermögen der Deutschen. Der aktuelle Anschlag heißt EDIS.

Dahinter verbirgt sich die geplante europäische Einlagensicherung. Sie soll Banken vor der Pleite schützen – und zwar dadurch, dass alle EU-Länder für alle europäischen Geldinstitute haften. Also auch Deutschland für marode Banken in Spanien, Italien, in Portugal.

Vor allem EZB-Chef Draghi macht Druck. Das ist verständlich. Draghi ist Italiener. Und die italienischen Banken sind schwer angeschlagen. Italien ist pleite.

Allein im kommenden Jahr muss das Land Kredite in Höhe von 300 Milliarden Euro zurückzahlen. Das ist fast der gesamte Etat der Bundesrepublik Deutschland. Die Verschuldung Italiens beträgt 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – rund doppelt so viel wie der Maastricht-Vertrag eigentlich erlaubt. (Weiter im [Video von Nicolaus Fest.](#))